

DIE LINKE.

Fraktion im
Landtag von Sachsen-Anhalt

Fraktionsvorsitzender

Wulf Gallert
Mitglied des Landtages

Telefon: 039 1/560 50 03

Telefax: 039 1/560 50 08

E-Mail:

wulf.gallert@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de

www.wulf-gallert.de

Wahlkreisbüro

Arnold-Zweig-Str. 2 a

39120 Magdeburg

Telefon: 039 1/40 59 86 55

Telefax: 039 1/40 5 986 57

E-Mail: wkb.wulfgallert@gmail.com

DIE LINKE. Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt, Domplatz 6 - 9, 39104 Magdeburg

Bundesverband der Familienzentren e. V. .
Frau Präsidentin Daniela Kobelt Neuhaus
c/o Karl Kübel Stiftung
Darmstädter Straße 100 .
64625 Bensheim

27. Jan. 2016

Fri.....

Magdeburg, 26. 01. 2016

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2016 in Sachsen-Anhalt

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

Sie haben sich an mich als Spitzenkandidat meiner Partei zur Landtagswahl 2016 in Sachsen-Anhalt mit Fragen zur Wahl gewandt. Ich danke Ihnen sehr für Ihr Interesse.

Beigefügt übermittle ich Ihnen die Antworten.

Mit freundlichen Grüßen



Wulf Gallert

Anlage

Beantwortung der Wahlprüfsteine des Bundesverbandes der Familienzentren

Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt

Frage

Welche Bedeutung haben Familienzentren aus Sicht der Linken für die Qualität und Chancengleichheit in der frühkindlichen Bildung?

Antwort

Die Fragen der frühkindlichen Bildung spielen in Sachsen-Anhalt hauptsächlich eine Rolle im Rahmen der Kinderbetreuung. Familienzentren erfüllen ihren Auftrag gemäß § 16 SGB VIII und können in diesem Zusammenhang natürlich auch positive Impulse für Kinder setzen.

Fragen

Was planen Sie in der kommenden Legislatur, um nach dem quantitativen Ausbau nun auch den qualitativen Ausbau im U3-Bereich zu verbessern?

Wie möchten Sie die Fachkraft-Kind-Relation (U3- und Ü3-Bereich) in Sachsen-Anhalt weiter senken, um die Bildungsqualität und die Chancengerechtigkeit im frühkindlichen Bereich zu verbessern?

Antwort

Die Frage des quantitativen Ausbaus der U3-Angebote im Rahmen der Kinderbetreuung hat in Sachsen-Anhalt, wie in allen neuen Bundesländern, eine eher untergeordnete Rolle gespielt. Dies hat vor allem historische Gründe.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt will Eltern entlasten und beabsichtigt, in einem Zwischenschritt die bis 2018 frei werdenden Mittel des ehemaligen Betreuungsgeldes des Bundes als zweckgebundene Zuwendung den Gemeinden zur Verfügung zu stellen. Damit entstehen vor Ort Spielräume, die es ermöglichen, die Beiträge der Eltern zu entlasten.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt strebt die Einführung von Vor- und Nachbereitungsstunden für pädagogische Fachkräfte an, will die Fachberatung ausbauen und hält eine Reform der Erzieherausbildung nach wie vor für notwendig. Daneben wird es wichtig sein, bei der im Jahr 2017 anstehenden Evaluierung des Gesetzes auch die Folgen des Urteils des Landesverfassungsgerichts zu beachten.

Frage

Wie möchte DIE LINKE Familienzentren (nach der obenstehenden Definition) in Sachsen-Anhalt fördern?

Antwort

Das Land unterstützt die Arbeit von 15 Familienzentren in Sachsen-Anhalt. Am derzeitigen Antrags- und Zuwendungsverfahren sehen wir keinen Änderungsbedarf, jedoch muss

bei einer Regierungsbeteiligung diesen Koordinierungsaufwand bei der Landesförderung strukturell oder finanziell berücksichtigen ?

Antwort

Die Familienförderung des Landes – von der Unterstützung kommunaler Maßnahmen bis hin zur Förderung der Landesfamilienverbände – ist im Grundsatz gut aufgestellt. Im Rahmen der Projektförderung wird es zukünftig immer wichtiger werden, Familien aus sogenannten bildungsfernen oder armutsgefährdeten Milieus zu erreichen, wie dies in der Vergangenheit mit einigen Projekten gut gelungen ist. Dieser Trend sollte fortgesetzt werden. Die Familienzentren bieten schon jetzt mit ihrer breiten Angebotspalette einen ganzheitlichen Zugang. Daneben sind sie eingebunden in Netzwerke mit Beratungsstellen und anderen Angeboten. Diesen Zustand will DIE LINKE. Sachsen-Anhalt erhalten.

Für die kommunalen familienpolitischen Maßnahmen ist eine aufgabenbezogene Finanzausstattung der Kommunen über das FAG unerlässlich, um die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe in die Lage zu versetzen, die bereits existierenden Instrumente der Familienhilfe auch entsprechend anwenden zu können. Die Steuerungsaufgabe liegt bei den Landkreisen und kreisfreien Städten. Nicht alle von ihnen verfügen über eine detaillierte Jugendhilfeplanung. Hier sieht DIE LINKE. Sachsen-Anhalt Verbesserungsbedarfe.

Mit der Koordinierung der lokalen Angebote wäre eine Kindertageseinrichtung oder ein Familienzentrum überfordert. Diese Aufgabe liegt bei den örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe. Darüber hinaus werden Elemente der Netzwerk- und Gemeinwesenarbeit schon jetzt zum Teil bei der Förderung berücksichtigt. In dieser Hinsicht ist die Förderung der Familienzentren in Zukunft zu überprüfen.

Fragen

Sehen die Linken die Notwendigkeit einer Änderung des sachsen-anhaltinischen Kinderförderungsgesetzes (KiFöG) oder Landesverordnung zur Ausführung des Kinderförderungsgesetzes in der kommenden Legislatur?

Plant DIE LINKE bei Regierungsbeteiligung die im Rahmen des §12 des Kinderförderungsgesetzes vorgesehene Landesbeteiligung im Hinblick auf eine Betreuung von Flüchtlingskindern bedarfsgerecht zu erhöhen?

Antwort

Ja, DIE LINKE. Sachsen-Anhalt sieht Änderungsbedarfe am Kinderförderungsgesetz des Landes. Zum einen wollen wir die freigewordenen Betreuungsgeldmittel des Bundes zweckgebunden den Gemeinden zur Senkung der Elternbeiträge zur Verfügung stellen. Neben weiteren Punkten streben wir darüber hinaus die gesetzliche Verankerung von Vor- und Nachbereitungszeiten für das pädagogische Personal an.

Daneben werden die Finanzierungsregelungen des Gesetzes 2016 evaluiert und infolge dessen 2017 bei Bedarf verändert werden müssen. Auch ein Urteil des Landesverfassungsgerichtes muss bis 2017 Berücksichtigung finden. Auch dies wird Veränderungen am Gesetz notwendig machen.

Die Landesförderung bezieht sich immer auf die Anzahl der betreuten Kinder, egal, ob sie einen Migrationshintergrund besitzen. Die Landesförderung berücksichtigt damit quasi automatisch die vorhandenen Bedarfslagen. Sobald ein Flüchtlingskind die

Welche Chancen ergeben sich aus Sicht der Linken aus der Inklusion im frühkindlichen Bereich?

Antwort

Eine inklusive Gesellschaft ist für DIE LINKE Ziel und Weg zugleich. Ein Umbau kann nicht von heute auf morgen erfolgen, sondern benötigt Zeit.

In Sachsen-Anhalt arbeiten 16,5 % der Kindertageseinrichtungen integrativ. Diese Quote muss erhöht werden, um dem Grundsatz des Wunsch- und Wahlrechts für Kinder mit Behinderungen gerechter werden zu können. In einer inklusiven Kita-Landschaft wären integrative Kindertageseinrichtungen überflüssig. Davon ist auch Sachsen-Anhalt noch weit entfernt.

Wie oben bereits ausgeführt, versteht DIE LINKE. Sachsen-Anhalt Inklusion als grundlegenden demokratischen Entwicklungsansatz der Gesellschaft, nicht nur in Bezug auf Menschen mit Behinderungen.

DIE LINKE Sachsen-Anhalt legt daher besonderen Wert darauf, dass bei der Umsetzung und Weiterentwicklung des Bildungsprogramms „Bildung elementar – Bildung von Anfang an“ die Vielfalt der kleinen heranwachsenden Persönlichkeiten nicht nur akzeptiert sondern als Vorteil und reicher Impulsgeber im Lern- und Bildungsprozess zum Tragen kommen kann.

Frage

Welche Chancen sehen die Linken in der aufsuchenden Arbeit in den Familien, um die Integration von Flüchtlingsfamilien zu fördern?

Antwort

Aus Sicht der LINKEN. Sachsen-Anhalt sind zwei Ansätze sozialpädagogischer Arbeit für eine Integration von Flüchtlingsfamilien notwendig: Der aufsuchende und der auf einer Komm-Struktur aufbauende.

Aufsuchende Arbeit kann insbesondere dann wirken, wenn sie es versteht, Vertrauen aufzubauen, den niedrigschwelligen Zugang zu Familien zu ermöglichen und Ängste gegenüber Ämtern und Institutionen abzubauen.

Frage

Wie möchten Sie die im Rahmen ESF-Bundesprogramms Elternchancen II vorgesehene Qualifizierung ausgebildeten Elternbegleiterinnen und Elternbegleiter in Sachsen-Anhalt nutzen, um eine Integration der Flüchtlingsfamilien vor Ort zu unterstützen?

Antwort

Das Programm ist ein ESF-Programm des Bundes. Wie viele andere Bundesprogramme, wendet sich auch dieses direkt an die Träger der Jugend- und Familienhilfe. Die Landesebene ist in dieses Programm nicht involviert. Wir unterstützen das Anliegen des Programms und werben bei den zuständigen Stellen dafür.

Frage

Auf Landesebene ist bereits mit der Einführung des Prinzips der integrierten psychosozialen Beratung ein guter Schritt in Richtung ganzheitlicher Beratung aus einer Hand getan worden. Auch wurde für die Landkreise und kreisfreien Städte die Einführung einer Sozialplanung verbindlich geregelt. Diese Prozesse gilt es weiterhin zu beobachten und bei Bedarf steuernd einzugreifen.

Auf Bundesebene wird sich DIE LINKE in die Beratungen zum angekündigten Teilhabegesetz aktiv einbringen, und auch an der sogenannten „großen Lösung“ arbeiten, um für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen Leistungen aus einer Hand zu ermöglichen.